



Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74728

Fax 030 227 – 76728

E-Mail: judith.skudelny@bundestag.de

Pressemitteilung

Skudelny: Bundesregierung setzt sich für Freilassung iranischer Menschenrechtsaktivistin Shiva Nazar Ahari ein

(21.04.2011) Am Sonntag erhielt die iranische Menschenrechtsaktivistin Shiva Nazar Ahari den Theodor-Haecker-Preises für politischen Mut und Aufrichtigkeit von der Stadt Esslingen am Neckar. Die FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny aus dem Landkreis Esslingen nahm dies zum Anlass, um FDP-Außenminister Guido Westerwelle zu bitten, sich noch intensiver für die Freilassung von Ahari einzusetzen. Westerwelle teilte der FDP-Politikerin umgehend mit, dass sich das Auswärtige Amt bereits seit Aharis Verhaftung im Dezember 2009 intensiv mit dem Schicksal von Frau Ahari beschäftige.

Anfang 2011 hatte auch der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, der FDP-Politiker Markus Löning, für die Bundesregierung öffentlich Stellung genommen und das Vorgehen gegen Frau Ahari verurteilt. Löning hatte das seit Monaten zu beobachtende systematische Vorgehen der iranischen Regierung gegen Menschenrechtsverteidiger in Iran als schweres Unrecht angeprangert und die iranische Justiz aufgefordert, Frau Ahari umgehend freizulassen. Außerdem drang der Menschenrechtsbeauftragte Löning darauf, die durch Iran eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz der bürgerlichen und politischen Rechte gegenüber allen Menschen in Iran einzuhalten.

Skudelny bemerkte anlässlich der Preisverleihung an Ahari, dass deren Fall leider nur einer von sehr vielen vergleichbaren Einzelfällen sei. Auch darum habe sich die Bundesregierung auf EU-Ebene zuletzt aktiv an der Ausarbeitung einer neuen EU-Strategie für mehr Menschenrechte in Iran beteiligt und engagiere sich nun bei deren Umsetzung. Ein wichtiger Schritt war dabei die am 12. April 2011 von der EU beschlossene Listung von 32 iranischen Offiziellen, die in Menschenrechtsverletzungen involviert sind. Darunter befinden sich u.a. auch Vertreter der iranischen Justiz- und Ermittlungsbehörden, die für

Rechtsbeugungen wie im Fall von Frau Ahari verantwortlich sind. Die gelisteten Personen 32 iranischen Beamten wurden mit Reiseverbot in die EU sowie Kontosperrungen belegt.

Westerwelle versprach Skudelný, dass die Bundesregierung die Menschenrechtslage in Iran weiterhin kritisch verfolgen und sich für eine Verbesserung mit Nachdruck einsetzen werde.

Die Preisverleihung durch die Stadt Esslingen sowie die Verabschiedung der Resolution des Esslinger Gemeinderats sind laut Skudelný „vielleicht nur Mosaiksteinchen, aber besonders wichtig“. Denn diese Mosaiksteinchen würden Stück für Stück den Druck auf das iranische Regime erhöhen, ist sich die liberale Politikerin sicher.